

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Peter Corterier MdB,
Staatsminister im Aus-
wärtigen Amt, warnt vor
einer Wende in der
Außenpolitik: Sozialde-
mokraten müssen die
Kontinuität verteidigen.
Seite 1

Peter Manning MdB sieht
die Gefahr, daß die Union
die Politik der Friedens-
sicherung durch Entspan-
nung und Interessenaus-
gleich aufkündigt; Be-
stimmt Weinberger die
künftige deutsche Außen-
politik? Seite 3

Otto Reschke MdB warnt
nach der Hessenwahl vor
Euphorie: Der Wähler hat
zu entscheiden, wer Ver-
antwortung tragen soll.
Seite 5

Dokumentation

Peter von Oertzen zu den
Möglichkeiten und Gefah-
ren der neuen sozialen
Bewegungen in der Bun-
desrepublik: Realität
und Utopie (Teil I).
Seite 7

37. Jahrgang / 184

28. September 1982

Wende auch in der Außenpolitik?

Sozialdemokraten müssen die Kontinuität verteidigen

Von Dr. Peter Corterier MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Der deutsche Liberalismus, soweit er in der FDP seinen organisierten politischen Ausdruck findet, hat sich in die Hände des Konservativismus begeben, mehr auf Verderb denn auf Gedeih. Die Wahlen in Hessen beweisen es. Wenn man trotz des eindeutigen Wählervotums in Hessen das demokratisch nicht mehr zu legitimierende Manöver eines konstruktiven Mißtrauensvotums durchziehen würde, gibt es keine Wende zu mehr Liberalität, sondern da wird der wirtschaftliche Liberalismus zur Wendung gegen den Sozialstaat und der politische Liberalismus zum Frontmachen gegen den Geist der Freiheit gezwungen werden. Wo sollte auch mehr Liberalität gedeihen? Etwa in der Innen- und Rechtspolitik an der Seite des bekannten Freiheitskämpfers Friedrich Zimmermann? Oder in der Wirtschaftspolitik an der Seite des berühmten Sozialstaatstheoretikers Franz Josef Strauß?

Wohin schließlich treibt nach der Wende die deutsche Außenpolitik, wenn die FDP Seite an Seite mit den bekannten Abrüstungs- und Entspannungspolitikern Abelein, Dregger, Graf Huyn, Todenhöfer und Strauß neue Initiativen in der Ostpolitik ergreift?

Für die Bundesrepublik ist die Frage der Kontinuität in der Außenpolitik von entscheidender Bedeutung, nicht nur weil die sozialliberale Außenpolitik gleichsam das Markenzeichen der SPD/FDP-Koalition war, sondern weil die Rolle der Bundesrepublik als Staat mittlerer Größenordnung in Europa, der in mehrfacher Hinsicht äußerst verletzlich ist, in ganz hohem Maße von der Fähigkeit zum Ausgleich und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit abhängt. Die FDP wird feststellen müssen, daß sie im Bündnis mit CDU und CSU auf einen Weg gedrängt wird, der sie zur Aufgabe sozialliberaler Ziele in der Außenpolitik zwingen wird. Den logischen Trick, wie dies zu bewirken sein wird, hat Herr



Mertes schon offeriert. Es wird heißen, daß es ja die SPD gewesen sei, die von der eigentlichen Kontinuität abgewichen sei und nun müsse man eben etwas "begradigen".

In Wirklichkeit läuft alles darauf hinaus, in drei zentralen Bereichen deutscher Außenpolitik Fortschritte dadurch zu blockieren, daß man Hürden und Vorbedingungen aufstellt:

1. Eine Kontinuität des KSZE-Prozesses ist infragegestellt, weil das neue Bündnis nicht in der Lage sein wird, die KSZE trotz der Rückschläge, die es im Ost-West-Verhältnis gegeben hat, fortzusetzen.
2. Ein Kanzler dieser Koalition wird nicht in der Lage sein, alles Menschenmögliche zu tun, um die Stationierung neuer Nuklearwaffen in Europa überflüssig zu machen. Die Kontinuität des Verhandlungsteils des NATO-Doppelbeschlusses ist nicht gesichert.
3. Es wird Vorbedingungen ideologischer, politischer und wirtschaftlicher Art bei der Vergabe von Entwicklungshilfe geben und als Ergebnis ein Hineintragen des Ost-West-Konflikts in die Dritte Welt.

Man wird nach außen durchaus an einigen Prinzipien der bisherigen deutschen Außenpolitik festhalten. Die Veränderung geschieht im Inhalt.

Das erste außenpolitische Opfer einer FDP-CDU/CSU-Koalition wird die Deutschlandpolitik sein. Das neue Bündnis wird bis zum Stillstand dort nur wenig Zeit brauchen. Dann kommt der Rückschritt und dafür wiederum wird es sogar "Partner" auf der anderen Seite geben, nämlich diejenigen drüben, denen Westkontakte ohnehin ein Dorn im Auge sind.

Das alles wird man zu bemänteln versuchen und man wird sich bemühen, die sozialliberale Außenpolitik durch Überforderungen in ihr Gegenteil zu verkehren.

Bei diesem Wendemanöver werden wir Sozialdemokraten in der öffentlichen Auseinandersetzung besonders stark gefordert sein. Ohne die Bürde der Regierungsverantwortung wird die Versuchung groß sein, notwendige bündnispolitische Kompromisse außer Acht zu lassen und dem vermutlich stärker werdenden Druck auf Nichtstationierung nachzugeben, ohne Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen.

Die SPD hat in ihren Parteitagsbeschlüssen in Hamburg, Berlin und München großes Verantwortungsbewußtsein gezeigt. Sie ist die Hüterin der Vertragspolitik und die einzige politische Kraft in der Bundesrepublik, die diese Verträge weiterentwickeln kann. Diesen Weg dürfen wir nicht verlassen, wenn wir die kommende außenpolitische Auseinandersetzung bestehen wollen. Was wir geleistet haben, kann sich sehen lassen. Wenn wir davon abweichen, tragen wir dazu bei, die Wende der anderen Seite nachträglich zu legitimieren. In der Abrüstungs-, Rüstungskontroll-, Entspannungs- und Deutschlandpolitik haben wir die Mehrheit auf unserer Seite, wenn wir unseren Kurs der Besonnenheit, der Mäßigung und des Ausgleichs fortsetzen. Wenn wir nicht überziehen, haben wir auch mächtige Verbündete in Europa und Amerika. Die Friedensbewegung hier bei uns und in anderen Ländern wird nach wie vor in uns den wichtigsten Träger von Friedenspolitik haben. Mindern wir diese gemeinsame Kraft nicht dadurch, daß wir unsere Regierungsfähigkeit in Zweifel ziehen lassen.

(-/28.9.1982/ks/ca)

+ + +



Bestimmt Weinberger die künftige deutsche Außenpolitik?

Die Union läuft Gefahr, die Politik der Friedenssicherung durch Entspannung und Interessenausgleich aufzukündigen

Von Peter Männing MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die möglicherweise auf ungewisse Zeit von einer neuen innenpolitischen Konstellation betrieben werden könnte, wäre schlecht beraten, vermeintlicher Auffassungsunterschiede mit der gegenwärtigen amerikanischen Administration wegen einem Kurswechsel in der Politik der Ost-West-Beziehungen anzustreben. Nicht alleine die unveränderte Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die unveränderten politischen Grundlagen des Atlantischen Bündnisses, die 1967 auf der Basis des Harmel-Berichts formuliert wurden, verlangen von der deutschen Außenpolitik ein Festhalten an einer um Ausgleich zwischen Ost und West bemühten Politik.

Diejenigen, die wie zahlreiche Unionspolitiker meinen, eine noch engere Anlehnung an die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten für einen wirklichen Beitrag zur Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses halten zu sollen, sollten nicht die Wandlungsfähigkeit amerikanischer Politik - die sich gerade im letzten Jahrzehnt in manchmal bedenklicher Weise dargeboten hat - unterschätzen. Die Befürworter einer Synchronisierung der deutschen Außenpolitik mit dem Reagan-Weltbild sollten zudem bedenken, daß sich bereits heute die Politik der regierenden amerikanischen Administration innenpolitisch zunehmend in der Defensive befindet. Diese Feststellung gilt nicht nur für den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern insbesondere für den der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik sowie ganz generell für das amerikanische Verhältnis zur Sowjetunion.

Dafür spricht:

1. Aufgrund des Drucks der Friedensbewegung hat sich in den Vereinigten Staaten ein Wandel der öffentlichen Meinung in Richtung Rüstungsstopp beziehungsweise -verminderung vollzogen. Bereits vor einiger Zeit ergab eine Umfrage des Gallup-Instituts, daß sich 72 Prozent der befragten Amerikaner für ein Abkommen über ein "Einfrieren" der Nuklearwaffen beider Supermächte ausgesprochen haben. Dieser Meinungsumschwung drückte sich kürzlich auch in einer Abstimmung des Repräsentantenhauses aus: Mit einer Mehrheit von nur noch zwei Stimmen - mit 204 zu 202 - hat sich das Repräsentantenhaus gegen das Einfrieren der Nuklearwaffen beider Supermächte ausgesprochen.
2. Die jüngste Abstimmungsniederlage des amerikanischen Präsidenten im Kongreß zeigt, daß nach den Erfahrungen mit "imperialen" Präsidentschaften nach wie vor ein entschiedener politischer Behauptungswille des Kongresses besteht: Zur Abstimmung stand ein Nachtragshaushalt von rund 14 Milliarden Dollar. Weil der Kongreß bei den Rüstungsausgaben gestrichen und die Sozialausgaben aufgestockt hatte, machte der Präsident von seinem Vetorecht Gebrauch. Das präsidentiale Veto wurde vom Kongreß zurückgewiesen.
3. Die Demokratische Partei hat nach dem für sie vernichtenden Wahlausgang 1980 ihre notwendige Konsolidierungsphase abgeschlossen und präsentiert sich nach ihrer "National Party Conference" in diesem Sommer als politische Kraft, die zu der Erwartung berechtigt, aus den Novemberwahlen 1982 mit beträchtlichen Gewinnen hervorzugehen.



Grund dafür, daß die Reagan-Administration sich auch auf sicherheitspolitischem Gebiet in der Defensive befindet, scheint zu sein, daß die mit der Aufnahme der INF- und START-Verhandlungen vollzogene scheinbare Hinwendung der amerikanischen Administration zu einer Politik des Ausgleichs vielen Amerikanern nicht ehrlich erscheint.

Zweifel dieser Art werden unter anderem genährt dadurch, daß die Auseinandersetzungen über Sinn und Wert von Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion weder unter den Fachleuten der amerikanischen Regierung, noch zwischen dem Weißen Haus und den Exponenten des rechtskonservativen Kurses um Verteidigungsminister Weinberger abgeschlossen sind.

Es ist schon bezeichnend, daß seit mehreren Wochen der ultrakonservative Senator Helms die Bestätigung von zwei Mitarbeitern des Chefs der Abrüstungsbehörde, Eugene Rostow, hintertreibt. Rostow, der nicht zuletzt aufgrund seiner Mitarbeit im "Auschuß für die gegenwärtige Gefahr" im Ruf stand, in sicherheitspolitischen Fragen ein Parteigänger des amerikanischen Präsidenten zu sein, wird von Helms vorgeworfen, sich mit personellen "Überbleibseln" der Carter-Zeit zu umgeben, die nicht der politischen Grundlinie der Reagan-Administration genügen.

Um die Glaubwürdigkeit einer Politik, die wirkliche Rüstungsbegrenzung anstrebt, ist es schlecht bestellt, wenn bei der Entscheidung personalpolitischer Fragen ideologische Linientreue höher veranschlagt wird als Sachverstand.

Wenn sich die Unionsparteien unter dem Druck von Strauß und Gesinnungsfreunden auf den Ost-Kurs von Weinberger und Helms begeben sollten, ist das für die deutsche Außenpolitik keine "Kontinuität mit neuen Akzenten", sondern die Absage und Aufkündigung einer Politik der Friedenssicherung durch Entspannung und Interessenausgleich.

(-/28.9.1982/ks/ca)

+ + +



Kein Anlaß zur Euphorie

Der Wähler hat zu entscheiden, wer Verantwortung tragen soll

Von Otto Reschke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seit der Hessenwahl hat sich die Situation in der Bundesrepublik Deutschland nur scheinbar verändert. Unsere Probleme sind geblieben:

- Die Weltwirtschaftskrise fordert auch heute vom bundesrepublikanischen Bürger Opfer. Sinkende Beschäftigung und sinkende Arbeitnehmereinkommen seit zwei Jahren, Insolvenzen und Firmenzusammenbrüche zeigen an, daß das Staatseinkommen aus Steuern und Abgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr ausreicht, um langfristig die sozialpolitischen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, zu finanzieren.
- Dem westlichen Bündnis steht eine ernste Bewährungsprobe bevor. Nicht der Friedenswille wird angezweifelt, sondern die Friedensfähigkeit bei den großen Konflikten zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd muß sich im begonnenen Dialog bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen beweisen.
- Der innere Frieden in der Bundesrepublik Deutschland steht auf dem Spiel. Die Fronten zwischen Sozialdemokraten und den Konservativen sind markiert; von Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die Freiheitsrechte der Bürger (Demonstrationsrecht, Polizeibewaffnung, Radikalenerlaß), Umweltpolitik, Ausländerrecht, Gesundheits- und Sozialfragen und nicht zuletzt der große Streit um die Medien, um die Freiheit von Rundfunk und Fernsehen in einer Zeit der großen Gefahr für die Meinungsvielfalt durch Konzentration im Pressewesen.
- Genau zu diesem Zeitpunkt hat sich die Führung der FDP zum Wechsel entschlossen. Das Lambsdorff-Papier, aber auch die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP zeigen deutlich, daß die "neue Mehrheit" im Bundestag die althergebrachten Methoden zur Lösung der Probleme in unserem Staat hervorholt, anstatt eine Lösung in sozialer Verantwortung für Staat und Demokratie vorzuziehen.

Die Hessenwahl vom 26. September 1982 darf für uns kein Anlaß zur Schadenfreude über unsere Partner von gestern sein. Es muß uns sehr bedenklich stimmen, daß in



der liberalen Partei ein Gerhart Baum von Franz Josef Strauß als "Sicherheitsrisiko" eingestuft werden kann, ohne dafür von der FDP-Führung gerügt zu werden.

Diese Wahl hat bewiesen, daß links von der CDU und CSU eine Mehrheit von Wählern steht, die in sozialer Verantwortung mehr als ein Lippenbekenntnis sieht, die den Frieden in der Welt durch Abbau der Waffen und Beendigung des Rüstungswahnsinns will, die unsere Lebensgemeinschaft begreift als ein Stück gegenseitige Verantwortung für unsere Umwelt.

Diese Wahl hat bewiesen, daß Sozialdemokraten stärker ihre Ziele zum Schutz unserer Umwelt, für den Frieden in Europa und in der Welt dem Bürger verdeutlichen müssen, und welche Verantwortung wir in einem Sozialstaat dem einzelnen auferlegen wollen und wo das Netz der sozialen Sicherheit greifen muß.

Diese Wahl hat auch bewiesen, daß mit den Grünen und Alternativen Listen für uns Sozialdemokraten kein neuer Bündnispartner bereit steht. Solange Grüne und Alternative die Gewalt als politisches Mittel akzeptieren, Entscheidungen der Gerichte nicht anerkennen wollen, die politisch-parlamentarische Verantwortung als ein Ringen um eine mehrheitsfähige Entscheidung nicht begreifen, ist weder eine Koalition noch eine parlamentarische Partnerschaft mit diesen Gruppierungen denkbar. Die politischen Bereiche von Frieden über Umweltschutz bis zur sozialen Sicherung der Bürger in unserem Staat sind Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Menschen, insbesondere jungen Menschen, Hoffnung zur Lösung dieser Probleme zu geben, ist unsere vordringlichste Aufgabe.

Wir Sozialdemokraten sollten uns mit einer klaren Aussage dem Wähler stellen und nicht mit einer neuen unsicheren Bündnismöglichkeit. Der Wähler sollte selbst entscheiden, wer Verantwortung in diesem Staat erhält. (-/28.9.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

In einer umfangreichen Ausarbeitung hat der Politik-Wissenschaftler Peter von Oertzen der auch Mitglied des SPD-Parteivorstandes ist, die politischen Möglichkeiten und Gefahren der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik untersucht. Wir dokumentieren den Text in mehreren Teilen. Der Beitrag ist geschlossen in dem Buch "Prinzipleben, Ökopax - die neue Kraft", Verlag Olle & Wolter, 14,80 DM, erschienen.

Realität und Utopie

Quer durch alle politischen Lager beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, daß die neuen sozialen Bewegungen und die aus ihnen erwachsenden grün/alternativen Parteien oder Wahl-Formationen die Gesellschaft und das politische System der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren tiefgreifend verändern werden. Allerdings ist die Frage nach den konkreten politischen Folgen des Eintritts der neuen sozialen Bewegungen in die politische Arena nicht leicht zu beantworten, zumal die grün/alternativen politischen Formationen sich über ihre Ziele, ihren eigenen Charakter und ihre politisch-sozialen Strategien selber noch keineswegs im klaren sind.

Das Hauptproblem bei der praktischen Verwirklichung der grün/alternativen programmatischen Ziele liegt dabei in der Herausbildung grün/alternativer politischer Formationen selbst und in der Frage nach dem Verhältnis von politisch-parlamentarischer Praxis und fortschreitender sozialer Bewegung. Und im Zentrum dieses Problems steht die Frage, ob überhaupt und wenn ja, mit welchen konkreten Absichten und in welchen Formen die grün/alternativen politischen Formationen (grob gesagt: die grün/alternative "Partei") mit den "etablierten" Parteien zusammenarbeiten dürfen, können oder sollen.

Der eigentliche Streit- und Diskussionpunkt dabei ist - von beiden Seiten her die mögliche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Das politische Hauptproblem der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren ist die Frage nach den Möglichkeiten einer "rot-grünen" Kooperation. Um diese Frage beantworten zu können, müssen vor allem die möglichen Strategien der grün/alternativen "Partei", ihre inhaltlichen Positionen, sowie der soziale und politische Charakter der gegenwärtigen SPD untersucht werden. Die derzeitige publizistische Polemik über den Charakter der "Grünen", die Chance der SPD und die Aussichten einer "rot-grünen Koalition" trägt zur Klärung dieser Fragen freilich wenig bei. Zu vordergründig sind die Interessen, von denen diese Polemik bestimmt wird, zu platt, kenntnislos oder sogar unwahrhaftig sind die vorgebrachten Argumente. Besonders töricht und böse sind dabei die Versuche, (an denen sich leider auch Sozialdemokraten beteiligen), die Grün/Alternativen als halbe Verfassungsfeinde und daher für "echte" Demokraten nicht koalitionsfähig abzustempeln. Die etablierten Parteien haben kein Monopol auf die "wahre" Demokratie; und darüber hinaus ist es prinzipiell verantwortungslos, aus purem Konkurrenzneid eine neue und sicherlich unbequeme demokratische Tendenz vorsätzlich so lange mit Unterstellungen und Verleumdungen zu verfolgen, bis sie am Ende vielleicht wirklich das wird, als das man sie jetzt denunziert.

Mögliche politische Strategien der grün/alternativen Bewegung

Wenn und inwieweit die Grün/Alternativen in ihrer Bewegung nicht nur ein gesellschaftlich folgenloses Glaubensbekenntnis sehen, sondern auch und in erster Linie einen ernsthaften Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, das heißt politischen Einfluß auszuüben, dann gibt es dafür drei denkbare Strategien:

1. Die soziale Bewegung bleibt Bewegung und verzichtet entweder überhaupt auf die Bildung von eigenen, im engeren Sinne politischen Formationen (Organisationen) oder zumindest auf die Bildung eigener politischer Parteien. Für die aus diesem Ansatz entspringenden denkbaren Strategien ergeben sich zwei Varianten, die einander freilich nicht radikal ausschließen, sondern in der Praxis sogar ineinander übergehen können:

+ Die soziale Bewegung übt auf das bestehende politische System "von außen" Druck aus, um ihre Ziele durchzusetzen. Sie stellt insofern das bestehende politische



System nicht prinzipiell infrage. Voraussetzung für die Ausübung solchen Drucks ist freilich eine in der Gesellschaft wurzelnde starke Position - in der Regel durch Ausbau eigener ökonomischer, sozialer, kultureller und auch "politischer" Strukturen.

Wer die großen Parteien und den Staatsapparat wirklich kennt, wird über die Erfolgsaussichten dieser Strategie skeptisch denken. Druck in Permanenz ist praktisch unmöglich; läßt er nach, folgt das etablierte politische System wieder seinen eigenen Gesetzen. Eine politische Partei zum Beispiel wird auf die Dauer und ernsthaft nur durch harte, unter Umständen existenzbedrohende Konkurrenz auf ihrem eigenen Feld, das heißt durch eine konkurrierende Partei, beeinflußt. Es sei denn, der Aufbau einer politischen "Gegengesellschaft" stelle das gesamte System von Parteien, Parlamenten und Staatsapparaten grundsätzlich infrage.

- + Dies wäre bereits die andere Variante. Sie bedeutet den Aufbau eigener und unabhängiger ökonomischer, sozialer, kultureller und schließlich "politischer" Strukturen mit dem Ziel, die offizielle Gesellschaft zu verdrängen - sie aufzulösen oder zu zerschlagen - und selbst an ihre Stelle zu treten. Dies war und ist die Strategie des klassischen Anarchismus, des revolutionären Syndikalismus, des Anarchosozialismus und ähnlicher Strömungen. Heute finden sich solche Tendenzen im Kreise der "Autonomen".

Schlüsselproblem dieser Strategie ist der Übergang von der Vorherrschaft der alten zur Vorherrschaft der neuen Gesellschaftsordnung. Die klassische revolutionäre Strategie suchte und sucht die Lösung in dramatischen, relativ rasch ablaufenden, umwälzenden Ereignissen, wie bewaffnetem Aufstand, Straßenkampf, Generalstreik, Fabrikbesetzungen, Errichtung von Räten, Doppelherrschaft. (Eine Sonderform, die wohl für Mitteleuropa nicht ernsthaft diskutiert zu werden braucht, ist die Volksguerilla mit der Errichtung "befreiter Gebiete".) Die Realisierungschancen solcher Perspektiven sind in der Bundesrepublik Deutschland - vorsichtig gesagt - wohl eher gering.

Die Errichtung von Kernen der Gegengesellschaft ohne eine Strategie der gesellschaftlichen Umwälzung ist hingegen nichts anderes als eine kollektive Form des "Aussteigens", wie es sie in weltanschaulich oder religiösen Sondergruppen schon immer gegeben hat und auch heute wieder gibt - von der biologisch-dynamischen Landkommune bis zu Bhagwan. Diese Lebensformen bleiben für die Gesamtgesellschaft folgenlos, solange die "Aussteiger" nicht mehr als eine einflußlose Minderheit darstellen. Werden sie aber mehr - und mancher mag darauf hoffen - dann stellen sich unausweichlich wieder die Fragen nach dem "Wie" der gesamtgesellschaftlichen Transformation.

2. Dieser Strategie relativ nahestehend ist das Konzept der Partei als "Fundamentalopposition". Hierbei wird die Funktion der "Partei" bejaht; sie soll sich auch an Wahlen und an der Arbeit in den Parlamenten beteiligen, freilich nicht mit dem Ziel der aktiven Mitgestaltung, sondern als prinzipielle Opposition. Einziger Bezugspunkt der parlamentarischen Betätigung ist und bleibt die soziale Bewegung. Diese Strategie ist altbekannt und in der geschichtlichen Erfahrung vielfach erprobt worden. Es ist die Haltung der sozialistischen Arbeiterparteien vor dem Ersten Weltkrieg und die Taktik der Kommunisten in der Periode des "revolutionären Parlamentarismus" (wobei die Kommunisten freilich ursprünglich immer noch den bewaffneten Aufstand im Hinterkopf hatten).

Eine solche parlamentarisch-politische "Fundamentalopposition" läßt sich, so lehrt die Erfahrung, allenfalls von einer relativ kleinen Minderheitspartei längere Zeit durchhalten - als "die Trauben sind sie mir zu sauer"-Taktik. Wenn die Trauben aber nicht mehr zu hoch hängen, das heißt wenn das gesellschaftlich-politische Gewicht der Partei groß genug geworden ist, um gegebenenfalls am politischen Prozeß aktiv mitzuwirken, dann wird nach aller Erfahrung der Wunsch der Wähler, Mitglieder und - nicht zuletzt - Amtsträger der oppositionellen Partei übermächtig, nun auch im etablierten System wirklich mitzuspielen. Diese unabweisbare Einsicht führt bei ernsthaften und aufrichtigen "Fundamentaloppositionellen" gelegentlich zu dem Stoß-



seufzer, man möge doch um Himmels willen nicht gleich allzu viele Wähler bekommen, damit man von dieser Versuchung verschont bleibe.

Eine solche Haltung verschiebt das entscheidende Problem freilich nur in die Zukunft. Entweder die Kräfte der Bewegung wenden sich wieder von der parlamentarischen Arbeit ab und hin zur Selbstorganisation als außerparlamentarische Druckgruppe beziehungsweise zum Aufbau der revolutionären Gegengesellschaft, oder die Partei stagniert und wird - auch für ihre Anhänger und Wähler - uninteressant oder aber die Partei strebt ernsthaft nach einer positiven Funktion im etablierten Parteiensystem. Und damit wären wir bei der dritten möglichen Strategie.

3. Die grün/alternative "Partei" erklärt sich grundsätzlich bereit, durch punktuelle Tolerierung, informelle Zusammenarbeit, formelle Parlamentskoalitionen oder gar Regierungsbeteiligung mit anderen etablierten Parteien zusammen, eine aktive Mitverantwortung im System der parlamentarischen Parteiregierung zu übernehmen. Das Problem einer solchen aktiven Mitarbeit der grün/alternativen "Partei" im System der parlamentarischen Parteienregierung besteht darin, sich diesem System soweit als für diese Mitarbeit erforderlich einzuordnen, ohne jenen sozialen, politischen und ideellen (Sonder-)Charakter darüber aufzugeben, der ihre Entstehungsursache und ihre Existenzgrundlage darstellt. Zu den Strukturelementen grün/alternativer Politik, deren Auslöschung den Tod der grün/alternativen "Partei" bedeuten würde, gehören:

- + die ideell-programmatische Prägung. Für die SPD zum Beispiel vermag deren traditionelle und faktische Bindung an die Interessenvertretung breiter Arbeitnehmerschichten vorläufig ihre politische Identität noch einigermaßen zu bewahren, auch wenn sich das programmatisch-ideelle Element "demokratischer Sozialismus" in ihrer praktischen Politik zur Unkenntlichkeit verdünnt hat (freilich: wie lange noch?). Für die grün/alternative "Partei" jedoch, deren soziale Basis weit weniger durch traditionelle und relativ eindeutig definierte Interessen bestimmt ist, hätte der praktische oder gar programmatische Verzicht auf bestimmte in die Zukunft weisende politisch-ideelle Positionen den sofortigen Zerfall der politischen Aktionseinheit zur Folge.
- + Von großer Bedeutung ist, daß die grün/alternative "Partei" sich nicht den sie tragenden neuen sozialen Bewegungen entfremdet, sondern ein produktives Verhältnis gleichberechtigter Arbeitsteilung mit ihnen entwickelt; andernfalls würde die "Partei" rasch austrocknen und zu einer substanzlosen Protestpartei verkommen. Wichtig ist dabei das Element der Gleichberechtigung. Wenn die soziale Bewegung auf die Rolle des bloßen Fußvolkes der Partei reduziert wird, wird sie unfruchtbar; wenn die Partei zum bloßen Handlanger der Bewegung gemacht wird, wird sie aktionsunfähig.
- + Von entscheidender Wichtigkeit scheint mir zu sein, daß die in den neuen sozialen Bewegungen - zumindest ansatzweise - entwickelten und in die grün/alternative "Partei" übertragenen veränderten sozialen Verkehrsformen am Leben erhalten und weiter entfaltet werden; Die basisdemokratischen Praktiken der Meinungs- und Willensbildung, die kompromißlose Gleichstellung der Frauen, die anti-hierarchischen, egalitären Regeln des Organisationslebens und Umgangs miteinander; die nicht - oder sogar antikapitalistischen Verhaltensnormen des Alltagslebens, in der Distanz zur bloß konsumorientierten Lebensführung oder in der Ersetzung von Konkurrenzverhältnissen durch praktizierte Solidarität.

(-/28.9.1982/ks/ca/rs)

(Fortsetzung folgt)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

